

Mely Kiyak

Hunger in Afrika, unsere Katastrophe

Die Hungerbilder, die wir bislang sahen und in den nächsten Wochen weiter zu sehen bekommen werden, zeigen das wahre Ausmaß der Katastrophe. Nämlich der unsrigen. Sie zeigen die Prioritätenliste der europäischen Staaten. Denn während Regierungschefs angesichts der Euro-Krise alles stehen und liegen lassen und für Milliardenkredite und Rettungen sogar nachts zueinander finden, während trotz Ferienzeit Telefonkonferenzen organisiert werden, um gemeinsam um Lösungen zu ringen, sterben vor ihren und unseren Augen Millionen Arme an Hunger. Wir reden hier nicht über Tausende, Hunderttausende, sondern über zehn Millionen Menschen, die hungern, und 2,5 Millionen Menschen, die in akuter Lebensgefahr sind.

Eine Weile wurde diese Meldung in den Nachrichten zwischen englischem Medienskandal und Krisentreffen zur Schuldenkrise platziert. Nicht bevorzugt, sondern gleichwertig aufbereitet, wie jeder andere Beitrag auch. Kein Brennpunkt, keine Sondersendung angesichts von Menschen, die vor Erschöpfung und Ausgezehrtheit wie die Fliegen umkippen – als hätte das alles nichts mit uns zu tun und wäre nicht mindestens so dringend, wie alle momentan als dringend erachteten Angelegenheiten auch.

Sind wir, die satten Bürger der vermögenden Nationen, etwa unbeteiligt und unschuldig an der Misere? Sind nicht wir es, die die extremen Preisschwankungen von Getreide verantworten, weil die Anleger unserer Länder ihre irrsinnigen Spekulationsgeschäfte auf den Rohstoffmärkten tätigen? Selbst die Klimaschwankungen, unter denen afrikanische Bauern zu lei-

den haben, sind eine auch von uns verschuldete Misere. Was ist wichtiger? Geld, Banken, Währungen? Oder Kinder? Könnte nicht wenigstens beides gleich dringend sein?

Doch wenn unsere Regierung über die von Hunger betroffenen Menschen in Äthiopien, Kenia und Somalia spricht, dann klingt es, als wäre das alles weit weg von uns. Natürlich stimmt es nicht, dass die vermögenden Länder nicht helfen könnten, weil die korrupte somalische Miliz die Hilfe sabotiert. Das tut sie, keine Frage. Doch für die Bereicherung an Armut sorgen wir auf den Weltmärkten selber: Weil die Anleger auf Lebensmittel spekulieren dürfen, bekommen die Bauern und die UNO für ihr Geld immer dann besonders wenig Weizen, wenn die Nachfrage der Dürre wegen besonders groß ist.

Bis zum heutigen Tag hat es zur Lage der Hungernden im Deutschen Bundestag keine einzige Sondersitzung gegeben. Obwohl seit Januar die Lage bekannt ist, bequemen sich erst Ende Juli die Vereinten Nationen zu einer Sondersitzung nach Rom. Da waren laut Angaben des UNHCR schon 180000 Somalier unterwegs auf der Suche nach Nahrung, Schutz und Obdach. Von fehlenden Proteinkexen war bereits damals die Rede. Davor kamen von der benötigten einen Milliarde US-Dollar lediglich 200 Mio. Dollar zusammen.

Es lohnt sich genau zu schauen, wie sich die einzelnen Länder finanziell verhielten, als die Bilder von Hungernden noch nicht in den Hauptnachrichten gezeigt wurden. Großbritannien stellte sofort 100 und Spanien 10 Mio. US-Dollar bereit. Die deutsche Kanzlerin kam zu diesem Zeitpunkt gerade aus Afrika zurück, wo sie vor allem

„Rechtssicherheit“, auch für die deutsche Exportwirtschaft, gefordert hatte. Angesichts der humanitären Katastrophe sagte sie vor Ort eine Million Euro zu. Was für eine Diskrepanz zwischen wirtschaftlichem Eigennutz und humanitärer Hilfe!

Und wie sind die Aussagen des Entwicklungsministers Dirk Niebel zu bewerten, wenn er meint, die Afrikanische Union und die muslimischen Länder sollten sich stärker für ihre „Glaubensbrüder und -schwestern“ einsetzen? Hier drängt sich der Eindruck auf, dass die Welt immer dann in Religions-

gemeinschaften aufgeteilt wird, wenn es um Hilfe und Humanität geht, also da, wo das Geben im Vordergrund steht – aber da, wo es ums Nehmen geht, weder Herkunft noch Glaube oder Hautfarbe im Wege stehen.

Da stehen Sie also, unsere Kanzlerin und unser Entwicklungsminister, und ersuchen ihre Bürgerinnen und Bürger um Spenden für Afrika. Denn da, wo Arme und Hungernde betroffen sind, treten die Regierungen als Bittsteller auf. Bei der Bankenrettung dagegen bittet niemand um Spenden. Da werden Steuergelder verwendet.

Markus Höhne

Somalia zwischen Bürgerkrieg und Hungersnot

Die verheerende Hungerkatastrophe am Horn von Afrika betrifft inzwischen über zehn Millionen Menschen, Hunderttausende sind deswegen auf der Flucht oder bereits in Flüchtlingscamps untergekommen.

Dürreperioden, die Nahrungsmittelknappheit und Hunger auslösen, gibt es am Horn von Afrika seit langem. Gerade Somalia war im 20. Jahrhundert mehrmals betroffen: Die bisher schlimmste Hungersnot eskalierte 1991 bis 1992, als eine periodische Dürre mit dem Beginn des somalischen Bürgerkriegs zusammenfiel und Warlord-Milizen das Land der südsomalischen Bauern verwüsteten und Hilfsmittel plünderten. Eine internationale humanitäre Intervention konnte damals die Verteilung der Hilfsgüter ab 1993 sichern und das Sterben stoppen.

Die gegenwärtige Hungerkatastrophe in Süd- und Zentralsomalia voll-

zieht sich in einer ähnlichen Konstellation aus Dürre, Krieg und Terror – verschärft durch den Klimawandel und steigende Lebensmittelpreise. Anders ist dagegen die Lage im relativ friedlichen Nordsomalia, wo mit Somaliland und Puntland zwei autonome, staatsähnliche politische Gebilde existieren, die nicht unmittelbar von den Kriegswirren des Südens betroffen sind – und so auch nicht im selben Ausmaß vom Hunger.

Die Hungersnot in Süd- und Zentralsomalia liefert damit auch ein Paradebeispiel für das Versagen eines *failed state* und den fatalen Umgang der internationalen Politik damit. Was wir in den letzten Jahren in diesen Landesteilen beobachten konnten, ist ein Teufelskreis aus Gewalt und politischer Instabilität. Das Ausland stand diesem wie auch den sich abzeichnenden negativen ökonomischen und sozialen